



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Presse](#) > [Pressemitteilungen](#)

Pressemitteilungen

Kaniber: „Unsere Landwirte sind die Lebensversicherer des Landes – ohne sie keine Versorgungssicherheit“ – Ministerin spricht bei BBV-Landesversammlung in Herrsching

27. November 2025

(27. November 2025) Herrsching – Mit einem eindringlichen Appell an Politik und Gesellschaft hat Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber am Donnerstag bei der Landesversammlung des Bayerischen Bauernverbands die zentrale Rolle der Landwirtschaft in Krisenzeiten hervorgehoben. Angesichts geopolitischer Spannungen, zunehmender Hybridattacken und globaler Abhängigkeiten sei nach Worten der Ministerin die zuverlässige Lebensmittelversorgung „eine Frage der nationalen Sicherheit – genauso wichtig wie die Bundeswehr für die äußere und die Polizei für die innere Sicherheit“.

„Stirbt der Bauer, stirbt das Land – so einfach und so hart ist die Wahrheit“, sagte Kaniber. Eine landwirtschaftliche Grundversorgung sei nicht nur ein Wohlstandsthema, sondern ein Sicherheitsfaktor im Bündnisfall: „Wer diskutiert, wie lange unsere Munition reicht, muss auch diskutieren, wie lange unsere Soldaten kämpfen könnten, wenn sie nichts zu essen haben.“ Es gelte, was NATO-Generalsekretär Mark Rutte sagte: „Wir müssen uns auf Krieg vorbereiten. Das ist der beste Weg, um Krieg zu vermeiden.“ Die Ministerin fügte an, dass die heimische Landwirtschaft damit „unser wichtigster Schutzschild“ und zugleich ein Friedensgarant sei, da Hunger weltweit zu Flucht und Konflikten beitrage.

Politikwechsel in Berlin „deutlich spürbar“ – Bayern hat geliefert

Kaniber machte in ihrer Rede deutlich, dass sich der politische Wind in Berlin unter Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer deutlich spürbar gedreht habe. Zahlreiche langjährige Forderungen aus der bäuerlichen Praxis seien inzwischen auf den Weg gebracht oder bereits umgesetzt worden.

Dazu zählen unter anderem:

· vollständige Rückkehr der Agrardiesel-Rückvergütung,

· Verbesserungen beim Biogas-Paket,

· Abschaffung der Stoffstrombilanzverordnung,

- keine verpflichtenden Flächenstilllegungen,
- Vereinfachungen bei Ackerstatus, Ohrmarken und Kontrollen,
- ein gemeinsamer Beschluss der Länder zu Bestandsschutz, Planungssicherheit und Finanzierung für die Tierhaltung,
- sowie frühzeitige und zuverlässige Auszahlungen der Fördermittel in Bayern.

„Wir sagen, was wir denken – und wir tun, was wir sagen. Wir liefern – und wir liefern für unsere Landwirte“, betonte Kaniber.

Mercosur: Chancen nutzen – Bauern schützen

Zur jüngsten Delegationsreise nach Argentinien erklärte die Ministerin, dass sie sich bewusst selbst vor Ort ein Bild gemacht habe. Viele Befürchtungen hinsichtlich niedriger Standards seien differenziert zu betrachten: Teilweise fürchte Argentinien eher, den hohen europäischen Kriterien nicht gerecht zu werden. Gleichzeitig biete das Land enorme Chancen für bayerische Technologien in Umwelt, Bioökonomie und erneuerbaren Energien sowie Potenzial für regionale Premiumprodukte.

Dennoch gelte: „International handeln ja – aber nie auf Kosten unserer heimischen Landwirtschaft. Unsere Landwirte dürfen nicht der Preis für globale Handelsinteressen sein.“ Besonders sensible Bereiche wie der Rindfleischmarkt müssten eng überwacht werden. Die vorgesehenen Einfuhrmengen seien überschaubar, dennoch brauche es wirksame Schutzklauseln und einen gut ausgestatteten Entschädigungsfonds.

GAP ab 2028: Keine Kürzungen ohne Gegenleistungen

Mit Blick auf die nächste Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik warnte Kaniber vor erheblichen Herausforderungen. Die geplante Kürzung des gesicherten GAP-Budgets um 20 Prozent und die Auflösung des eigenen GAP-Fonds seien „ein schwerer Fehler“.

„Wenn tatsächlich weniger Geld aus Brüssel kommt, gilt eines glasklar: Keine neuen Auflagen ohne ausreichende Finanzierung. Wer nicht zahlt, schafft auch nichts an.“ Bayern werde sich weiterhin für kleine und mittlere Betriebe, für Junglandwirte und für eine praxisnahe, wirksame Förderung einsetzen.

Gleichzeitig kritisierte sie die zunehmenden Bürokratiepakete wie EUDR, Wiederherstellungsverordnung und Bodenüberwachungsgesetz als „realitätsfern und oft kontraproduktiv“. Die Land- und Forstwirtschaft brauche Lösungen, die funktionieren – nicht Regeln, die an den Realitäten vorbeigehen.

EUDR: Verschieben und Vereinfachen – Schritt in richtige Richtung

Angesichts der gestrigen Entscheidung des EU-Parlaments zur Entwaldungsverordnung (EUDR) betont Kaniber: „Der Druck aus Bayern zeigt Wirkung! Ich bin froh, dass Parlament und Rat den Start der EUDR noch einmal verschieben wollen und auch Vorschläge für Erleichterungen bringen.“ Sie appelliert an die Verhandler, alle Möglichkeiten zu nutzen, um Landwirte und Waldbesitzer von sinnloser Bürokratie zu befreien. „Wir brauchen in Bayern keine aufwendigen, betrieblichen Meldepflichten. Wir haben schließlich kein Entwaldungsrisiko“, so Kaniber.

Zum Abschluss betonte Kaniber, dass die politischen Fortschritte der letzten Monate kein Zufall seien, sondern Ergebnis gemeinsamen Drucks und gemeinsamer Arbeit. „Es bewegt sich etwas – für Sie, für die Landwirtschaft, für Bayern. Wir lassen Sie nicht allein.“ Besonders hob sie die Leistungen der Bäuerinnen hervor, „auf deren Schultern neben Betrieb, Familie und Ehrenamt unglaublich viel liegt“.

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

